

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1924

60 (21.7.1924)

Erscheint
Montag, Mittwoch,
Freitag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. unsere Anstrenger
frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.50
frei liegend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeiten: 7-5 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Verantwortlicher: Nr. 11.
Vollständig-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Roboib • Neue Industrie

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 8 Goldpf.
Familien-Anzeigen 5 Goldpf.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 24 Goldpf.
Grundbesitz im Anzeigen- und
Textteil ist frei.

Bei Wiederholungen tarifmäßiger
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
teilung und bei Konkurs erlischt.

Platzverordnungen werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
phonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.

Anzeigen-Nachnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 60.

Montag, den 21. Juli 1924.

85. Jahrgang

Die Londoner Konferenz.

Die Beschlüsse der ersten Kommission. Ein voller Sieg Frankreichs.

London, 19. Juli. Die erste Kommission hat im Laufe des heutigen Vormittags den Fakt über die Sanktionen im Falle etwaiger deutscher Verfehlungen nach schwieriger Debatte festgestellt. Es wurde beschlossen, daß vor der Verhängung von Sanktionen die Ansicht des Agenten für die Reparationszahlung eingeholt werden muß, so daß also die Reparationskommission weiterhin in dieser Frage ihren Einfluß behält. Der englische Vorschlag, diesem Agenten unbeschränkte Vollmachten zu erteilen, wurde verworfen. Die Verständigung ist in großen Zügen auf folgender Grundlage erzielt worden: Die Reparationskommission, vervollständigt durch einen amerikanischen Delegierten, hat im Falle einer deutschen Verfehlung die Auffassung des Generalagenten für die Reparationszahlungen und des Vertreters der Geldgeber einzuholen. Der Zinsen- und Tilgungsdienst der 800 Millionen-Anleihe wird mit dieser Priorität ausgestattet. Werden die Garantien von den Geldgebern als ungenügend erachtet, so hat die Konferenz weitere Garantien zu bestimmen, die für nötig befunden werden.

Die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebiets.

2000 französische und 1000 belgische Eisenbahner bleiben.

London, 19. Juli. Die zweite Kommission hat heute die endgültigen Bestimmungen über die Modalitäten für die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes festgestellt. Es wurde beschlossen, daß der Beginn der Räumung 30 Tage nach dem Tage beginnen soll, an dem die Reparationskommission die Durchführung des Sachverständigenberichts festgestellt hat. Das unter dem Namen Tirard-System bekannte wirtschaftliche Organisationsstatut für die besetzten Gebiete soll nicht wieder zur Durchführung gelangen. Sein Ertrag soll in die erste Jahresrate der Reparationszahlungen eingezogen werden. Gleichzeitig wurde auch die Frage der Sicherheiten angeschnitten. Es wurde beschlossen, daß 2000 französische und 1000 belgische Eisenbahner die Kontrolle über die deutschen Bahnen sichern sollen.

Eine deutsche Warnung.

Um zwei Szenen haben sich die Verhandlungen gruppiert, die in den beiden letzten Tagen auf der Londoner Konferenz geführt wurden. Die Sanktionen und die Aufgabe der Eisenbahnregie. Was den letzteren Punkt anbelangt, so ist noch keine Einigung erzielt worden, denn die heutigen Nachrichten besagen, daß Frankreich und Belgien darauf bestehen, daß ihre Eisenbahner am Rhein verbleiben. Was die Sanktionen betrifft, so ist ebenfalls keine Einigung erzielt worden, und zwar ist sowohl der französische Standpunkt, der in dem bekannten Vorschlag Peretti zum Ausdruck gekommen ist, als auch der englische Standpunkt, der in dem Gegenantrag von Snowden basiert, derart bedenklich, daß die Reichsregierung sich zögert und in offizieller Form heute abend folgendes durch das offizielle Blatt des Reichsaußenministers, „Die Zeit“ bekannt gibt.

„Diese Vorschläge müssen deutscherseits mit großer Besorgnis betrachtet werden. Es ist unverständlich, wenn man sich auf der Gegenseite vorstellt, daß die Aenderung derartiger elementarer Vertragsbestimmungen durch einen einseitigen Beschluß der Alliierten auf Grund des Artikels 22 überhaupt möglich sei. Auf diese Weise können die Alliierten unter Umständen überhaupt alle nur denkbaren Sanktionsmaßnahmen über den Vertrag hinaus beschließen. Der englische Vorschlag sucht zwar den französischen zu verbessern, ist aber ebenfalls äußerst bedenklich, auch er läßt territoriale Sanktionen zu. Das steht im frappanten und völlig unverständlichen Widerspruch zu der englischen Rechtsauffassung, wie sie in der englischen Note vom 11. August 1923 im besonderen niedergelegt worden ist.

Eine derartige grundsätzliche Anerkennung territorialer Sanktionen wäre für die deutsche Auffassung schlechterdings unannehmbar.

Es ist ferner äußerst bedenklich, daß auch der englische Vorschlag nicht mehr zum Ausdruck bringt, daß nach Feststellung der deutschen Verfehlungen Sanktionen gegen Deutschland nur von den Alliierten gemeinsam beschlossen werden dürfen. Dadurch wird mindestens indirekt die These Herriots anerkannt, wonach Frankreich seine Handlungsfreiheit behält, wenn eine alliierte Verständigung nicht erzielt wird. Die beherrschende Frage sind von solcher Bedeutung, daß sie die Öffentlichkeit in hohem Maße bewegen müssen, da von der endgültigen Entscheidung dieser Punkte auch die Stellung der deutschen Regierung zum Sachverständigengutachten mit beeinflusst wird.“

Englische Skeptiker.

London, 16. Juli. Wenn gute Wünsche helfen könnten, dann könnte es der Konferenz, die heute im Foreign Office zusammentritt, an einem Erfolg nicht fehlen und Macdonalds „goldene Gelegenheit“ würde eine goldene Wirklichkeit werden. Mit guten Wünschen ist die Konferenz nicht nur von den Delegierten, sondern auch von der hiesigen Presse überschüttet wor-

den. Die Stimmung des großen Publikums bleibt skeptisch und gleichgültig; für dieses gilt das alte „die Spuren schrecken“. Es hat ein Duzend solcher Konferenzen erlebt und jedesmal zu Beginn die Versicherung erhalten, das sei wirklich die entscheidende Konferenz, und die Konferenzen kämen und gingen, ohne das Unmögliche möglich gemacht zu haben. Dieses Skeptis gegenüber bemüht sich die Presse zu beweisen, daß bei dieser Konferenz Vertrauen wirklich mehr angebracht sei als bei ihren Vorgängern, denn einmal sei das Problem beschränkt und dann habe man einen ausgezeichneten, ins Einzelne ausgearbeiteten Plan vor sich. Man werde zugeben können, daß die Konferenz ihre eigentliche Aufgabe, den Davesplan vom Stapel zu lassen, relativ leicht erfüllen werde, wenn eine kleine Vorbedingung zutrifft, die, daß die vertretenen Regierungen nur das wollen und nichts anderes. Gerade hier aber liegt der Haken im Pfeffer. Frankreich will noch andere Dinge und will wohl noch mehr als den Davesplan. Frankreich will — so schreibt Manchester Guardian — nicht nur den Versailler Vertrag, sondern eine gewisse Auslegung des Vertrags, die es das „Recht zu unabhängiger Sanktion“ nennt und die es im Davesbericht droht glaubt. Frankreich will Sicherheit und das von ihm gewählte Mittel, um sie zu erhalten — der Druck seiner Truppen im Ruhrgebiet — ist gleichfalls bedroht. Frankreich will Deutschland gedemütigt im Staub halten, und auch das ist bedroht. Denn der Davesbericht verlangt Deutschlands freiwillige Mitarbeit. Frankreich will seine beherrschende Stellung in der Entschädigungskommission behalten und auch sie ist bedroht.

Wie sehr hier die Erkenntnisse von dem inneren Widerspruch der ganzen bisherigen Entschädigungspolitik gestiegen sind, hat die Unterhausdebatte am letzten Montag gezeigt. Nicht nur ein Arbeiterabgeordneter nach dem andern sprach die Ansicht aus, daß sich auch der Davesplan als keine Lösung des Problems erweisen werde, einfach, weil es seiner Natur nach unlösbar sei, sondern diese Ansicht bekannten auch die drei konservativen Abgeordneten, die sprachen und von denen zwei, Wise und Samuel, anerkannte Autoritäten ihrer Partei in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen sind. Wise, der auf der Friedenskonferenz als Sachverständiger diente und schon 1919 dafür plädierte, daß die gesamte Kriegsentwädigung Deutschlands, angesichts dessen, was man ihm an Land- und Mineralreichtümern genommen habe, 20—40 Milliarden Goldmark unmöglich übersteigen könne, sagte wörtlich: Nach genauem Studium des Davesberichts stelle ich die Behauptung auf, daß der Davesbericht unmöglich ist — was er dann eingehend nachwies. Zum Schluß zitierte er aus einem Brief, den ihm Ayres, der technische Berater der amerikanischen Mitglieder des Davesausschusses, geschrieben hat: „Der neue Plan bedeutet einen großen Fortschritt gegenüber allem, was bisher getan wurde und läßt sich kurz als guter Plan charakterisieren, aber die Zahlen sind wirklich zu hoch. Ich würde sagen, daß die ins Auge gefassten Zahlungen zu groß sind, und daß der Plan zusammenbrechen wird, wenn er nicht abgeändert wird.“

Samuel, ein Mitglied des Bollzugsausschusses der britischen Handelskammern, fällte das gleiche Urteil. Wenn man aus Deutschland 125 Millionen Pfund Sterling herauszöhlen wolle, müsse der gesamte deutsche Außenhandel den Wert von 3 Milliarden Pfund Sterling erreichen. Das sei vollkommener Unsinn.

Wie zu erwarten war, hat sich die Konferenzarbeit an der Thematik aus dem Kampfenlicht der Vollstimmungen alsbald in das Duffer der 3 Ausschüsse zurückgezogen, in denen nun das jämliche Feilschen um die Vorteile weiter geht. Was in den Zeitungen, auch den scheinbar gut unterrichteten englischen und französischen, über die Verhandlungen berichtet wird, ist mit großer Vorsicht aufzunehmen, denn wieder einmal sind diese Berichte kaum ein Ausdruck dessen, was ist, sondern dessen, was der Schreiber geglaubt wünscht. Immerhin spiegeln sie wenigstens die Hauptstreitfragen wieder, über die verhandelt wird. Von den Beratungen des Donnerstags verlautet noch wenig, dagegen kann man verschiedentlich Nachrichten über die Ausschussberatungen vom Eröffnungstage lesen.

Amerika für Zuziehung Deutschlands.

Eine erzwungene Unterschrift hat keinen Wert.

London, 19. Juli. Die amerikanischen Vertreter auf der Londoner Konferenz haben heute ihrem Korrespondenten aufs neue die Erklärung abgegeben, daß für Deutschland noch keinerlei Anlaß gegeben sei, über seine bisherige Nichtzuziehung zur Londoner Konferenz verstimmt zu sein. Tatsächlich sei die Einladung an Deutschland noch immer nicht möglich. Wenn mehrere Leute einem Dritten Geld leihen wollen, so müssen sich diese untereinander einig werden, unter welchen Bedingungen und zu welchem Anteil jeder von ihnen sich verpflichten soll.

Diese Einigkeit sei noch nicht erzielt, aber wohl schon auf dem Wege. Die Vertreter Amerikas stehen dabei nach wie vor unverändert auf dem Standpunkt daß dann eine Hinzuziehung Deutschlands erfolgen muß, und dann nicht nur zu dem Zweck, eine Unterschrift von Deutschland zu erzwingen, denn das würde zu nichts führen. Für die Konferenzvertreter Amerikas ist die praktische Verwirklichung des Davesplanes zuletzt überhaupt keine politische Angelegenheit, und zwar insofern, als die Verwirklichung des Davesplanes zuletzt nicht

von Politikern in London, Paris oder Washington abhängt, sondern von Herrn John Smith oder John Jones irgendwo in Amerika, die man dann erfragen müsse, deutsche Anleihebonds zu kaufen. John Smith oder John Jones als Männer der Straße kümmern sich nicht um Politik es sind alte Leute, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, um schließlich 4000 oder 5000 Dollar zu ersparen. Wenn sie nun 500 Dollar in deutscher Anleihe investieren sollen, so fragen sie nur, ob ihr Geld auch sicher sei.

Dabei denken sie wie folgt: Deutschland ist ein großes Land und ein großes Volk. Man kann einem so großen Land allerlei Gewalt antun, aber man kann es nicht zwingen, wirklich zu bezahlen, wenn es nicht selber zahlen will. John Smith oder John Jones werden also zuerst fragen, ob Deutschland auch freiwillig Ja gesagt hat zu den Verpflichtungen des Davesplanes und ob es erklärt hat, daß es diese Verpflichtung erfüllen will. Nur wenn Deutschland freiwillig zu einer Erklärung gebracht wird, würden sie Vertrauen haben. Wenn eine Unterschrift aber nur erzwungen würde, dann würden sie niemals die Anleihe zeichnen und der Davesplan würde niemals zum Leben gelangen, was immer man auch in London „beschließen“ mag. Die Konferenzvertreter Amerikas ermutigen also mit Bestimmtheit, sofern die Konferenz überhaupt zu einem Ergebnis gelangt, die schließlich konsultative Zuziehung Deutschlands.

Die Vertreter Amerikas legen dabei nochmals Wert auf die Feststellung, daß man in Washington sich niemals über eine angeblich obstruktive Haltung Deutschlands beklagt habe und daß alle dahingehenden früheren Berichte aus anderen Quellen unrichtig gewesen sind. Die Regierung in Washington habe vielmehr das Verhalten der deutschen Regierung bisher nie anders als vollkommen korrekt kennen gelernt. Deutschland erwüchsen aus dem Davesplan nicht nur Pflichten sondern auch Rechte.

Eine sensationelle Erklärung Youngs.

Paris, 18. Juli. Das offizielle „Radio Büro“ meldet aus London: Sir Owen Young, der dem Davesauschuß angehört, und jetzt eine vorherrschende Rolle in der Londoner Konferenz spielt, hat heute vormittag folgende bedeutsame Erklärung abgegeben:

Die amerikanischen Darlehensgeber würden darauf verzichten, als Garantie für ihre Zeichnung auf die 800 Millionen Goldmarkanleihe die Unterbindung der Aktionsfreiheit des einen oder anderen Alliierten zu verlangen für den Fall einer absichtlichen Nichterfüllung Deutschlands. Dieser Vorschlag ist von den Engländern gutgeheißen worden. Frankreich behält also das Recht eventl. Sanktionen auszuüben und kann seine Rechte und Sicherheiten wahren. Sir Owen Young verlangt für die amerikanischen Darlehensgeber nur die Priorität für die in Deutschland erhobenen Einkünfte und ist der Ansicht, daß sie eine genügende Kautions darstellen, durch welche politische Garantien sich erübrigen.

Beneš über die Lage.

Prag, 18. Juli. In einem Interview mit einem Vertreter des „Narodny Listy“ erklärte Minister Beneš zur Londoner Konferenz u. a.: das Reparationsproblem werde zu drei Vierteln gelöst, falls sich England und Frankreich auf der Londoner Konferenz über die Anwendung des Sachverständigenberichts einigten. Diese Einigung würde weittragende Folgen für ganz Europa haben. Für Deutschland werde eine neue Lebensära beginnen, die in gewissem Sinne schwerer sein werde als alle bisher durchlebten Krisen, denn der Expertenbericht zwingt Deutschland eine Deflationspolitik auf, große Steuern, innere Ernüchterung und Sozialkämpfe darüber, wer diese Steuern zu zahlen haben werde. In England sei man der Ansicht, daß die Durchführung des Berichtes große Ausfuhr deutscher Waren nach dem Ausland hervorrufen werde. Dies würde eine Konkurrenz für alle industriellen Staaten, auch für die Tschechoslowakei zur Folge haben. Der Erfolg der Londoner Konferenz würde ein ungeheurer Gewinn und Fortschritt in der Konsolidierung Europas sein. Er befürchte aber, daß in der Kommission für die Uebertragung der Zahlungen sowohl für Deutschland als auch für die Alliierten ernste Schwierigkeiten auftauchen würden. Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten der Londoner Konferenz lägen in der Frage des Anfanges der Rechte der Reparationskommission und in der Frage, ob Frankreich wiederum Freihand gegen ein nichtzahlendes Deutschland besitzen solle. Ein Mißerfolg in der zweiten Frage würde unabsehbare Folgen nach sich ziehen, denn die Londoner Konferenz könnte als einer der letzten, wenn nicht sogar als der letzte Versuch einer Regelung aufgefaßt werden.

Berliner Auffassungen.

Die amerikanische Brücke.

Berlin, 19. Juli. Im Gegensatz zu den bisherigen Konferenzen, auf denen das Schicksal Deutschlands behandelt wurde, zeigt sich die Londoner Konferenz in ihrem Anfangsstadium völlig undurchsichtig. Trotzdem drückt sich der öffentlichen Meinung Deutschlands das Qua res agitur stärker aus als je zuvor. Sonst hatte man sich sagen können, daß die jeweiligen Konferenzen darauf hinauslaufen, eine neue anzubereiten. In London geht es ernster zu. Man hört nicht, wie in Genua, Propagandareden der Sowjetrussen, sondern rein geschäftliche Auslassungen der Amerikaner. Dieser rein geschäftliche Ton hat etwas Tröstendes für sich, zugleich aber auch etwas Niedrdrückendes, denn man ist in Deutschland immer viel zu sehr gewohnt, internationale Fragen, in die das eigene Schicksal hineinspielt, mit Sentimentalität zu betrachten. Das Problem

in London hat sich auf den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der englischen und französischen Auffassung zugespielt, über den die Amerikaner nun eine Brücke projiziert haben.

Wenn Frankreich dann auf eigene Faust Sanktionen ergreifen sollte, könnte sich die englische Regierung auf die Note Lord Curzons vom 11. August 1923 berufen, der Frankreich dieses Recht aberkannt hat.

Stelle man sich aber auf diesen rein wirtschaftlichen Standpunkt, so muß man auch die amerikanische Brücke beschreiten, die die Frage der Sanktionen davon abhängig macht, ob die Sanktionenverhänger nicht auch erlucht werden sollen.

Von deutscher Seite könnte aber außer dem wirtschaftlichen Standpunkt noch ein nationalpolitischer geltend gemacht werden, vor allem, da es sich um Dinge handelt, die über den Versaillesvertrag hinausgehen.

Man nimmt in Berliner Kreisen an, daß eine Einladung für eine deutsche Delegation für die Londoner Konferenz für die nächste Woche ergeht.

Bei der Beurteilung dieser Lage wird genau zu erwägen sein, was der gesamte Dawesplan Deutschland bietet und was seine Ablehnung bedeuten würde.

Deutschland wird nach Brüssel oder Paris eingeladen? Rührende Vorfrage gegenüber der „deutschen Empfindlichkeit“.

London, 19. Juli. In belgischen Kreisen verlautet, die Konferenz näherte sich dem Standpunkt Frankreichs, Italiens und Belgiens, eine Einladung Deutschlands nach London sei unzumutbar.

Angeworben.

Erzählung von Lothar Brenkendorf.

3) Nachdruck verboten. Lassen Sie mich gefälligst ausreden! Namentlich Ihre Neigung zum Spiel war es, die mich ernstlich beunruhigte, und die mich beinahe veranlaßt hätte, Ihnen auf Ihren Antrag eine verneinende Antwort zu geben.

Eine allgemeine Abrüstungskonferenz.

Berlin 19. Juli. Nach einer Meldung der „Voss. Zig.“ aus Genf hat die englische Regierung dem Völkerbund ihre Absicht bekanntgegeben, zu gelegener Zeit eine Konferenz aller Völker der Welt zusammenzuberufen, die sich mit dem Plan einer allgemeinen Abrüstung befassen soll.

Die Deutschnationalen gegen London.

Berlin, 19. Juli. Wie der „Lokal-Anzeiger“ mitteilt, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion am Donnerstag und Freitag eingehend die Lage besprochen, wie sie sich aus den Londoner Verhandlungen ergibt.

Die Dawes-Gesetze vor dem Reichstag.

Plan und Art der Verabschiedung. — Besprechung des Reichshanzlers mit den Fraktionsführern.

Berlin, 18. Juli. Der Reichshkanzler hat gestern und heute die Führer der Reichstagsfraktionen empfangen, um mit ihnen die bevorstehende Tagung des Reichstages und die parlamentarische Behandlung der Dawes-Gesetze zu besprechen.

Die Regierung will die Gesetzentwürfe für die Ausführung des Dawesgutachtens, sobald sie von der Reparationskommission zurückgelangt sind, unmittelbar an den Reichstag und an den Reichstag leiten, so daß sie schon in den letzten Tagen des Juli zur parlamentarischen Beratung gelangen können.

Falls aber die Regierung inzwischen eine Einladung zur Londoner Konferenz erhält — und dies scheint für die nächste Woche bevorzustehen — würde der Reichstag vertagt und die Beratung der Dawesgesetze bis zum Abschluß der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten aufgeschoben werden.

Die maßgebenden politischen Kreise in Berlin schöpfen aus dem bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz, insbesondere aus der Haltung der amerikanischen Finanzwelt die Hoffnung auf ein leidlich günstiges Ergebnis auch in bezug auf die militärische Räumung des Ruhrgebietes.

Die Schutzollvorlage deren Beratung im Reichsrat nur sehr langsam fortschreitet, wird in der bevorstehenden Tagung des Reichstages kaum noch zur Behandlung gelangen, da sich die Regierung damit ihre Lage nur erschweren würde.

Dagegen wird die sozialdemokratische Interpellation wegen der ablehnenden Haltung der Reichsregierung gegenüber der Ratifikation des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit zu einer breiten Erörterung führen.

Holland und Deutschland.

Amsterdam, 18. Juli. Der Gesetzentwurf betreffend die Einfuhrbeschränkungen für Schuhwaren nach den Niederlanden ist von der ersten Kammer mit 22 gegen 12 Stimmen angenommen worden.

Große russische Rüstungen.

New York, 16. Juli. Nach Informationen der „Chicago Tribune“ hat Sowjetrußland folgende Heereslieferungen bestellt bzw. gekauft: In den letzten drei Monaten aus Holland, Italien und der Schweiz 530 Aeroplane, 40 Tanks, 65 Torpedojäger, eine große Menge Munition und Waffen.

Polnische Wirtschaft in Ost-Oberschlesien.

Zehntägige Arbeitszeit?

Kattowitz, 18. Juli. Nach zehntägigen Verhandlungen mit der Zentralregierung sind die Gewerkschaftsvertreter und Mitglieder der Untersuchungskommission für die Wirtschaftskrise in Ostoberschlesien nach Kattowitz zurückgekehrt.

Entwurf eines deutschen Beamten-Gesetzes.

Berlin, 18. Juli. Von der demokratischen Reichstagsfraktion ist im Reichstag ein Entwurf eines deutschen Beamten-Gesetzes vorgelegt worden, das die Rechtsverhältnisse der Beamten der Länder aufstellen soll.

Kriegsbeschädigten-Frage im Reichstags-Ausschuß.

Berlin, 17. Juli. Der Reichstags-Ausschuß für Kriegsbeschädigten-Fragen setzte am Donnerstag die Aussprache über die Anträge der Parteien und über die Denkschrift der Regierung fort.

Der Reichsgolbetat.

Die Finanzwirtschaft des Reichs, der Länder und Gemeinden ist heute mehr denn je in den Vordergrund des Interesses gerückt. Vor dem Kriege kümmerte man sich im deutschen Volke nicht sonderlich um Haushaltspläne und öffentliche Finanzwesen.

meine Empfehlung hin engagieren, und wenn Sie sich dort ein Jahr lang sowohl in Ihrem Beruf wie namentlich auch in Ihrem Privatleben untadelig geführt haben, so soll es Ihnen gestattet sein, Ihre Werbung um meine Nichte zu wiederholen.

kann nicht die Rede sein. Ich stelle Ihnen frei, sie selbst zu befragen — natürlich unter der Voraussetzung, daß Sie sich alsdann ohne weiteres zufrieden geben und nicht etwa eine aufgeregte Szene herbeiführen.

legten Beam Geldflati schreid das dami nete reiche einma gegen beka Gold ord zt vo gaben Wied und f verflä einzel Staats bring langer Willi 1928- und ganges und e Dinge Reichs träge Zeiche wädlu nicht die a rettet Berhä jekt u des J dem s nächst gedach den he fmden Im L immer Volks belafte ungen gimn D Ausga füng E lofenw schreite sich de Erwerb treten Die G liche A leisten. derarti auch fu zu be nur zu Tarifr mebsl rechtli jeder d werbsl mendig zur Be es, me gegang merbsl Zustand ung de Außer merbsl dieser lichen dern a keit zu Erhöhu darf ei demokr danke tereffe Auffass aber n mendig die mo nen ein verdam k E verhältn Sinshei sich die und im zügliche überzeng rend des quidator harrt, i wünsch

legten Jahres geläufig geworden, daß das Reich durch ständige Beanspruchung der Notenpresse zur Deckung seines erheblichen Geldbedarfs (Reparationslasten, Ruhrkampf usw.) jene Inflation hervorrief, die als Hauptursache für die rasend fortschreitende Geldentwertung angesehen werden muß.

Der Reichsgoldetat ist in der Annahme der Freiheit und Wiedergewinnung des Ruhrgebietes aufgestellt. Mit ihr steht und fällt er.

Die jetzt kommenden Besetze zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens werden auch Veränderungen in den einzelnen Positionen des Goldetats bringen. Die künftigen Etats werden erhebliche Ueberschüsse für Reparationszahlungen bringen müssen, weil aus Haushaltsmitteln nach dem Verlangen des Sachverständigen-Gutachtens im Jahre 1926—27 110 Millionen, im Jahre 1927—28 500 Millionen und vom Jahre 1928—29 ab 1250 Millionen für Reparationen gefordert werden.

Die Etatsfrage ist nicht nur Angelegenheit der Ministerien und Behörden, sondern auch jedes einzelnen Deutschen und des ganzen Volkes. Ueberdies leben wir heute in einer Demokratie, und es wird staatsbürgerliche Pflicht eines jeden, sich über solche Dinge zu unterrichten.

Die Arbeitspflicht des Erwerbslosen.

Am 8. ds. Mts. ist der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags in die Beratung über die in ihn eingegangenen Anträge eingetreten. Nicht weniger als 45 Anträge liegen vor; ein Zeichen dafür, daß unsere Sozialpolitik der hastenden Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren nicht in der richtigen Weise Schritt gehalten hat und auch gar nicht hat halten können, und daß ein großer Teil der Besetze, die aus der Inflationszeit in die Depressionszeit hinüber getraget worden sind, einer dringenden Anpassung an die neuen Verhältnisse bedürfen.

Neben dem großen Gebiete der Sozialversicherung steht jetzt vor allem die Erwerbslosenfürsorge im Vordergrund des Interesses. Diefelbe war schon seit Kriegsende ein Sorgenkind des Gesetzgebers. Ihre Einführung war unmittelbar nach dem Kriege eine unabwendbare Notwendigkeit. Sie war zunächst aber wohl mehr als eine nur vorübergehende Einröschung gedacht, da der Staat die selbstverständliche Verpflichtung hatte, den heimkehrenden Kriegern, soweit sie nicht gleich einen Erwerb finden konnten, den notwendigsten Lebensunterhalt zu gewähren.

Die Beseitigung bzw. Umgestaltung dieser unproduktiven Ausgaben war deshalb schon immer ein Problem, dessen Lösung bis heute noch nicht völlig gelungen ist. Der Gedanke, die Erwerbslosenfürsorge durch eine pflichtgemäße Erwerbslosenfürsicherung abzulösen, erwies sich in der Zeit der fortschreitenden Geldentwertung als undurchführbar. Dagegen hatte sich der Gedanke, anstelle der einseitigen völlig unproduktiven Erwerbslosenunterstützung eine produktive Erwerbslosenfürsorge treten zu lassen, in der letzten Zeit immer mehr durchgesetzt.

Die allgemeine Durchsetzung der Pflichtarbeit für den Erwerbslosen ist nicht nur erwünscht, sondern unumgänglich notwendig, wenn überhaupt für diesen Zweck noch weitere Gelder zur Verfügung gestellt werden sollen. Um so unverständlicher ist es, wenn jetzt von sozialdemokratischer Seite ein Antrag eingegangen ist, nach dem die gesetzliche Pflichtarbeit des Erwerbslosen wieder beseitigt werden soll zugunsten des früheren Zustandes, wonach öffentliche Notstandsarbeiten nur gegen Zahlung des ortsüblichen Tariflohnes geleistet zu werden brauchten.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 20. Juli. (Männerhilfsverein.) Den Zeitverhältnissen sind auch der Männerhilfsverein vom Roten Kreuz in Sinsheim zum Opfer gefallen. Im Jahre 1906 gegründet, hat er sich die Ausbildung von 11 Sanitätskolonnen angelegen sein lassen und im Sommer 1907 hatten wir Gelegenheit, uns von der vorzüglichen Beschaffenheit und muftergiltigen Ausbildung derselben zu überzeugen.

Mannschaften wieder zusammenfänden, um die Sanitätskolonnen neu erstehen zu lassen, damit in Notständen oder bei Unglücksfällen, die eine rasche und geordnete Hilfeleistung erheischen, ausgebildete Kräfte bereit ständen. Gewiß wird es denn auch einseitige Menschen geben, welche die aufopfernde Tätigkeit der Mannschaften und ausbildenden Aerzte mit einem jährlichen Beitrag unterstützen.

Sinsheim, 20. Juli. (Heidelberger Schloßbeleuchtungen.) Die bis jetzt festgesetzten weiteren Schloßbeleuchtungen sind: 11. August und 22. August, 2. September und 13. September.

Sinsheim, 20. Juli. (Militärrenten für August 1924.) Die nach dem Reichsverorgungs-gesetz, Altrentner-gesetz usw. zahlbaren Versorgungsgebühren sind für August nicht erhöht worden. Die im Monat Juni eingetretene Erhöhung von 24 auf 40 Prozent wird daher für August unverändert gezahlt.

Sinsheim, 17. Juli. (Herabsetzung der Steuer- verzugszuschläge.) Der Reichsminister der Finanzen erließ eine Verordnung über die Verzugszuschläge. Durch die Verordnung werden die Verzugszuschläge, die bei nicht rechtzeitiger Zahlung von Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer und Obligationssteuer erhoben werden, mit Wirkung vom 20. Juli ab herabgesetzt.

Sinsheim, 20. Juli. (Gegen den Preisräufelunfug.) Von der Staatsanwaltschaft in Heidelberg wird uns mitgeteilt: „In den Zeitungen tauchen gegenwärtig Ausschreibungen auf, in denen Preisräufel aufgegeben und für die Lösung eine Anzahl unter den Einfindern richtiger Lösungen zu verlosender Gewinne ausgesetzt werden. Dabei ist regelmäßig bestimmt, daß mit der Lösung ein bestimmter Geldebetrag, sei es für Porto, sei es als Kaufpreis für einen Gegenstand eingeliefert werden muß und es ist auch im übrigen ein Auslosungsplan in großen Bezügen bekannt gegeben.“

Sinsheim, (Eine Erinnerungsmedaille zur 10. Wiederkehr des Kriegsausbruchs.) Zur Feier für die Kriegsofer des deutschen Volkes am 3. August 1924 ist aus Anlaß der 10-jährigen Wiederkehr des Eintritts Deutschlands in den Weltkrieg im Auftrage der Reichsregierung eine Erinnerungsmedaille ausgeführt worden.

Sinsheim, 20. Juli. (Durch Herausgehen aus den Fenstern des Eisenbahnhofs.) Ist schon manches schwere Unheil entstanden, worauf jetzt zur Reisesaison besonders aufmerksam gemacht sei. Meist entstehen Unfälle dadurch, daß dem fahrenden Zug ein Güterzug mit über die Wagenbreite herausragenden Gegenständen begegnet, wobei schon mancher Schädel zertrümmert wurde.

Nedarbischhofheim, 17. Juli. (Evangelische Bezirks-synode.) Gestern wurde hier die Bezirks-synode abgehalten. Sie dauerte von morgens 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Die Leitung lag in der Hand des Dekans Weigle in Siegelshausen. Es ist unmöglich, auf dem hier zur Verfügung stehenden beschränkten Raum einen Auszug der gesamten Verhandlungsgegenstände zu geben. Aber es kann gesagt werden, daß diese fünf Stunden Versammlung dauernd das Interesse aller Teilnehmer und Zuhörer fesselte.

Nedarbischhofheim, 19. Juli. (Vereinsgründung.) Erfreulicherweise konnte nunmehr auch hier eine Ortsgruppe des Landesvereins „Badische Heimat“ gebildet werden. Ueberall in Stadt und Land entfaltet der über 1200 Mitglieder zählende konfessionell und politisch vollkommen neutrale Verein seine rege Tätigkeit.

Aus dem Schwarzbachtal, 18. Juli. Mit der Rapsernte ist man diese Woche fertig geworden. Die Erträge sind gut, der Preis niedrig, man spricht von 10 bis 12 Mark für den Zentner. Korn und Gerste wurde vielerorts schon geerntet. Das Korn dürfte schöner sein, es hat eben durch den Winter furchbar gelitten.

Eppingen, 18. Juli. (Die beiden Weltreisenden.) Andreas Lindner und sein Partner legten auf ihrer Durchreise gestern abend ihre Reiselegitimationspapiere vor. Die beiden haben am 1. November 1923 ihre Reise in Konstantinopel begonnen. Ihr Weg führte sie über Adrianopel, Belgrad, Wien, Innsbruck, München, Stuttgart.

Flachen, über Holland der Nordsee entlang nach Flandern, Paris, durch Spanien nach Gibraltar, von da mit Schiff nach der Westküste Afrikas, von wo die Reise mit Karawannen zu Pferd und zu Fuß bis Kapstadt zurückgelegt werden muß. Von dort erfolgt Einschiffung nach Argentinien, von wo wiederum die Riesenstrecke bis Newyork zu Fuß erfolgen soll. Am 1. November soll dort die Weltreise zu Ende geführt sein.

Heidelberg, 19. Juli. (Verbot.) Der Stadtrat hat beschlossen, daß künftig Prüfungsfahrten und Rennen von Automobilen und Motorrädern auf Straßen innerhalb des bebauten Stadtgebietes oder in dessen unmittelbarer Nähe grundsätzlich nicht mehr gestattet werden sollen.

Heidelberg, 17. Juli. (Ertrunken.) Nachdem erst in den letzten Tagen drei Personen hier im Neckar umgekommen waren, hat der Fluß gestern Abend schon wieder ein Opfer gefordert. Der 38 Jahre alte taubstumme Kunstmalers Otto Fromhold badete unterhalb der starken Strömung am „Wehrle“ (unweit der neuen Brücke). Er war Schwimmer, verankert aber plötzlich und wurde nicht mehr gesehen.

Schönbrunn, (Amt Heidelberg), 19. Juli. Am letzten Sonntag meilte der Wünschelrutengänger Sauer von Hirschhorn hier, um die Gegend nach Wasserläufen zu untersuchen, da die Gemeinde beabsichtigt eine Wasserleitung zu bauen.

Plankstadt, 18. Juli. (Die Gendarmerie) verhaftete einen in Scheidung lebenden Eisenbahner, der nachts in Ofersheim in ein fremdes Zimmer eingestiegen war, und dort ein Verbrechen gegen Paragraph 176,3 zu verüben suchte.

Mannheim, 19. Juli. (Die Betriebseinstellungsgesfahr bei Lanz.) Die Nachricht, daß die Stilllegung der Firma Lanz, die bekanntlich ihren Arbeitern wegen Geld- und Kreditmangels gekündigt hatte, vermieden worden seien geht in dieser Form zu weit. Die Stilllegung ist vorläufig nur auf 8 Tage hinausgeschoben worden.

Durlach, 18. Juli. (Unfall.) Der ledige 22 Jahre alte Ziegelarbeiter Eugen Keller, der in der Ziegelei in Berghausen beschäftigt war, wurde beim Verladen von Backsteinen von einem Aufzug tödlich verlegt, und ist während des Transports ins Krankenhaus Karlsruhe gestorben.

Pforzheim, 19. Juli. (Tödlicher Unfall.) Der bekannte Motorradfahrer Ernst Schofer von Pforzheim stieß heute nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr in Wilferdingen mit einem Lastauto so unglücklich zusammen, daß er auf der Stelle tot blieb.

Graben, 19. Juli. (Mefferstecherei im großen.) Bei der hier am letzten Sonntag stattgefundenen Fahnenweihe des Bismarckbundes kam es zu schmerzlichen Auseinandersetzungen und Stechereien mit Kommunisten. Diese hatten schon am Tage zuvor eine Abordnung überfallen und versuchten beim Einzug mehrerer fremder Ortsgruppen die Fahnen wegzunehmen.

Forbach, (Murgtal), 19. Juli. (Explosionsunglück.) Bei den Arbeiten an der Talperrre im Schwarzenbachtal hat sich ein schweres Explosionsunglück ereignet. In einem mit Sprengstoffen gefüllten Magazin entstand plötzlich aus noch unbekannter Ursache eine Entzündung. Durch die Explosion erlitt der 21-jährige Arbeiter Bäuerle aus Schönminnigach den Tod und der ledige Arbeiter Niehammer aus Wolfsbrunnen so schwere Verletzungen, daß er einige Stunden nach dem Unglück gestorben ist.

Emmendingen, 16. Juli. (Der Haushaltplan) der Stadtgemeinde für das Rechnungsjahr 1924/25 verzeichnet in den Einnahmen einen Kassenvorrat von 26 950 Mark. Die Gesamteinnahmen betragen 421 634 Mark, denen 515 490 M. Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein ungedeckter Aufwand von 93 654 Mk. verbleibt.

Radolfzell, 20. Juli. (Großfeuer.) Heute nachmittag kurz nach 1 Uhr brach im Warenhaus Kurzhöfer beim Marktplatz ein Großfeuer aus, das binnen kurzer Zeit das geräumige Magazingebäude, in dem große Warenvorräte lagerten, sowie den Dachstuhl des Warenhauses selbst in Brand setzte.

Konstanz, 18. Juli. (Die Scholzfeier.) Im Rahmen der Konstanz-er Scholz-woche fand am Dienstag mittag in dem althistorischen Konzilsaal ein Festakt zu Ehren des Dichters statt. Zunächst gab der Heidelberger Literaturhistoriker Dr. Goldschmidt eine Würdigung der Werke des Dichters. Dann sprach Oberbürgermeister Dr. Mörike. Im Namen der

Stadt übermittelte er Wilhelm von Scholz die herzlichsten Glückwünsche und teilte gleichzeitig den Beschluß des Stadtrates mit, eine Straße „Scholzweg“ zu benennen.

Berlin, 18. Juli. (Künstliches Gold.) Dem Leiter des photo-chemischen Laboratoriums der technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg, Professor Dr. Miethe und seinem Privatassistenten Dr. Stammreich ist es gelungen, durch experimentelle Zertrümmerung von Quecksilberatomen Gold herzustellen.

Berlin, 19. Juli. (Unterschlagene Gelder.) Nach einer Meldung der „B. Z. a. M.“ wurden in den letzten Tagen bei der Darmstädter und Nationalbank größere Unterschlagungen aufgedeckt, die den Betrag von insgesamt 400 000 Goldmark erreichen sollen.

Der Doppelmörder Hundertpfund zum Tode verurteilt. Freiburg, 18. Juli. Das hiesige große Schöffengericht verurteilte in der heutigen Verhandlung den Doppelmörder Hundertpfund zweimal zum Tode.

Merkwürdiger Blitzschlag. Während eines Gewitters wurde der Krämer Stadler aus Wörnitzstein (Bayern) mit seinem Fuhrwerk durch einen Blitzschlag erschreckt.

Das aufgeschobene Lebensende. Ein junges Paar aus der Regensburger Gegend wollte aus Liebesgram in den Tod gehen. Zunächst tranken beide viel Alkohol, um sich den nötigen Mut zu sichern.

Die Fahrt in den Abgrund. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich auf der Strecke Warnsdorf-Bodenbach. Von einem Güterzug lösten sich auf der Strecke 27 Wagen ab und sausten mit 120 Kilometer Geschwindigkeit nach Warnsdorf.

Viele Ehen sind nach dem Krieg brüchig geworden. Viel mehr als je zuvor. Die amtlichen Zahlen sprechen Bände darüber, auch über die kurze Dauer, der massenhaft erfolgten Kriegstraunungen.

Der Verbrecher im Schornstein. Berliner Polizeibeamte die auf der Suche nach einem aus dem Zuchthaus in Briesg entlassenen gemittem Einbrecher waren, entdeckten bei der Durchsuchung eines Raumes, der früher zu einer Bäckerei gehört hatte, vor der Öffnung des Schornsteins Fuß auf dem Schornstein.

Was kleine Kinder essen sollen. „Gib deinen Kindern möglichst wenig reizende Nahrung: gib ihnen die Speise, die die Natur bietet, frisches Obst und Gemüse, in so großen Mengen wie möglich ist.“

Die Glase als Reklamefläche. Bei einer Aufführung im Theater an der Wien erregte während des Zwischenaktes ein hochgewachsener, gutgekleideter Herr im Foyer großes, halb humoristisches, halb beklemmendes Aufsehen.

Schweinemarkt. Bruchsal, 19. Juli. Angefahren wurden 190 Milchschweine und 7 Käufer. Verkauf wurden 166 Milchschweine und 7 Käufer.

Was füllt dem Sammelwörterbuch? Die „Löffel-Luiza, froy' in dir!“

Der Ländliche Kreditverein Hoffenheim e. G. m. u. H. ladet seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung betr. Statutenänderung, auf Montag, den 28. Juli, abends 9 Uhr, im Rathaus zu Hoffenheim hiermit ein.

Jagd-Verpachtung. Samstag, den 2. August 1924, nachmittags 3 Uhr, wird im Rathaus dahier die Gemeindejagd auf 6 Jahre (Lichtmes 1925/1931) öffentlich verpachtet.

Weiße Waschsüdwesten in allen Größen und Preislagen. Elsa Faul, Heidelberg, Sofienstr. 13.

Bettfedern. weiche, graue, Fld. G.-M.: 1.-, 1.20, 1.50, 2.-, halbweiße 2.70, 3.50, preiswerte Füllfedern 3.80, halbweiße Kupffedern, sehr füllkräftige Ware 4.20, 4.80, hochprima 5.25, prima weiße Federn 4.50, 5.50, hochprima weiße Halbbaunen (a. Gänserupf) 6.-, 7.-, 8.-, Daunen 12.-, 15.-, 18.-. Fertige Betten aus edelsten Stoffen in jed. Ausführung. Muster gratis. Seit beinahe 100 J. als streng reelles Haus bekannt. Verf. gegen Nachn.

Obstpressen-Mühle. 2 1/2 Sack haltend 220 Mk. Obstpressen-Mühle. 3 1/2-4 Sack haltend 280 Mk. Ratenzahlung gestattet.

Velour-Hüte. die diesjähr. Hochsommermode. Elsa Faul, Heidelberg, Sofienstr. 13.

Schürzen. Große Auswahl fertiger Schürzen wie Haus-, Träger-, Kleider-, Schürzen, Servier- und Trauer-Schürzen, Zierschürzen und Kinderschürzen in allen modernen Formen und Stoffen. E. SPEISER Sinsheim Fernruf 12.

Neueste amtliche Kurse vom 18. Juli 1924. mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim. Anleihen: Cementwert Geldberg 7,625, Rhein. Gieserei 11, Damier Motoren 11,6, Dtsch. Gold- und Silberseide 6,25, Elektr. Licht und Kraft 2,1, Gemalt. und Stangewert Ulrich 0,6, Händs. Waagen Stammaktien 18,5, Grüner Maschinen Zurlach 18,5, Federbetriebe Kupfer und 4,7, Südd. Kabelwerke 9,5, Höchster Farbwerke 1,6, Karlsruher Maschinen 1,9, Knorr Heilbronn 6,75, Mainfränkische Höfch 3,15, Heddelfinger Holzgewerke 28,5, Rhein. Creditbank 2,6, Schacht Elektr. Nürnberg 2,6, Seld. Disconto Ges. 7,1, Zellstoff Waldhof Stammaktien 2,1, Zuckerfabrik Wagbäuel 1,85, Gellbronn 1,85.

Wie Apfelwein schmeckt Zapf allein. Zapf's Mostansatz gibt den besten, seit Jahrzehnten bewährten Hausbrun. Nährmittelfabrik A. Zapf, Zell a. S. (Baden). Fabrik-Lager: Gebrüder Ziegler, Sinsheim a. G.

Praxis-Eröffnung Hilsbach. Der verehrl. Einwohnerschaft von Hilsbach und Umgebung zur Kenntnisnahme, daß wir nunmehr jeden Tag von morgens 8 bis abends 7 Uhr im Hause Gasthaus zur Rose Sprechstunden abhalten.

Frau Schnatterich. Frau Schnatterich ist nach Kissingen gefahren, weil sie bemerkt zu haben glaubt, daß ihr Appetit anfängt, ins Gegenteil umzuschlagen. Früher als sie stets dreifache Portionen, jetzt reicht sie beinahe mit einer doppelten. Weil sie trotz dieser appetitlichen Lebensweise mehrfach überwältigende Bemerkungen anderer aufgefassen hat, die an noch größerer Appetitlosigkeit leiden, nimmt sie ihre Mahlzeiten stets in zwei verschiedenen Lokalen ein und die Schlagsahne zum Nachtisch in einer Konditorei. Bei der zweiten Portion macht sie die Bekanntschaft eines Herrn, den sie seinem Aussehen nach für einen Amerikaner und seiner Bildung nach für einen Professor hält, denn er erklärt ihr, wobei er allerdings zersert in einem Buche blättert, sehr fein den Unterschied zwischen „ab“ und „wie“, zwischen „obgleich“ und „trotzdem“ und zwischen „daher“ und „deshalb“, während bekanntlich der Durchschnittsdeutsche davon keine Ahnung hat und sie erst recht nicht. Ihr Respekt sinkt aber unter Getrieppern, als er sich einen Harzer Käse bestellt, dem Kellner 5 Pf. Trinkgeld gibt und sich ihm aus, — denn das könnte ihr gerade passen, sich mit jemandem ernstlich einzulassen, dem eine Fahrkarte 4. Klasse aus der Westentasche splitt, — und macht geistvolle Bemerkungen über die Winzigkeit seines Harzer Käses, der ja kaum die Größe eines rechtschaffenen Hühnerauges habe. Damit ist sie glücklich in das Thema hineingelassen, das sie am besten beherrscht.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg. Bestimmt zu haben: Drogerie A. Engel. Frau Schnatterich ist nach Kissingen gefahren, weil sie bemerkt zu haben glaubt, daß ihr Appetit anfängt, ins Gegenteil umzuschlagen. Früher als sie stets dreifache Portionen, jetzt reicht sie beinahe mit einer doppelten. Weil sie trotz dieser appetitlichen Lebensweise mehrfach überwältigende Bemerkungen anderer aufgefassen hat, die an noch größerer Appetitlosigkeit leiden, nimmt sie ihre Mahlzeiten stets in zwei verschiedenen Lokalen ein und die Schlagsahne zum Nachtisch in einer Konditorei. Bei der zweiten Portion macht sie die Bekanntschaft eines Herrn, den sie seinem Aussehen nach für einen Amerikaner und seiner Bildung nach für einen Professor hält, denn er erklärt ihr, wobei er allerdings zersert in einem Buche blättert, sehr fein den Unterschied zwischen „ab“ und „wie“, zwischen „obgleich“ und „trotzdem“ und zwischen „daher“ und „deshalb“, während bekanntlich der Durchschnittsdeutsche davon keine Ahnung hat und sie erst recht nicht. Ihr Respekt sinkt aber unter Getrieppern, als er sich einen Harzer Käse bestellt, dem Kellner 5 Pf. Trinkgeld gibt und sich ihm aus, — denn das könnte ihr gerade passen, sich mit jemandem ernstlich einzulassen, dem eine Fahrkarte 4. Klasse aus der Westentasche splitt, — und macht geistvolle Bemerkungen über die Winzigkeit seines Harzer Käses, der ja kaum die Größe eines rechtschaffenen Hühnerauges habe. Damit ist sie glücklich in das Thema hineingelassen, das sie am besten beherrscht. Hühneraugen, so erklärt sie, sind ein überwundener Standpunkt, seit er sich einen Harzer Käse bestellt, dem Kellner 5 Pf. Trinkgeld gibt und sich ihm aus, — denn das könnte ihr gerade passen, sich mit jemandem ernstlich einzulassen, dem eine Fahrkarte 4. Klasse aus der Westentasche splitt, — und macht geistvolle Bemerkungen über die Winzigkeit seines Harzer Käses, der ja kaum die Größe eines rechtschaffenen Hühnerauges habe. Damit ist sie glücklich in das Thema hineingelassen, das sie am besten beherrscht. Hühneraugen, so erklärt sie, sind ein überwundener Standpunkt, seit er sich einen Harzer Käse bestellt, dem Kellner 5 Pf. Trinkgeld gibt und sich ihm aus, — denn das könnte ihr gerade passen, sich mit jemandem ernstlich einzulassen, dem eine Fahrkarte 4. Klasse aus der Westentasche splitt, — und macht geistvolle Bemerkungen über die Winzigkeit seines Harzer Käses, der ja kaum die Größe eines rechtschaffenen Hühnerauges habe. Damit ist sie glücklich in das Thema hineingelassen, das sie am besten beherrscht.